

Dennoch wollen wir uns hier einmal über dieses normative Verbot hinwegsetzen und empirisch prüfen, ob Chávez' revolutionäre, Demokratie beschädigende Ungeduld zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt hat. Dafür haben wir einen komplexen Gerechtigkeitsindex aus folgenden Einzelindikatoren entwickelt und statistisch getestet: Einkommensungleichheit, Armutsquoten, Kindersterblichkeit, Bildungsindex, Korruptionsindex und Geschlechtergerechtigkeit. Der Vergleich bezieht sich auf die Bilanz der vier Länder Brasilien, Chile, Bolivien und Venezuela in der Periode von 1999-2005. Das Ergebnis liest sich wie folgt: Chile behält seine führende Position mit einer geringfügigen relativen Positionsverschlechterung. Venezuela hält seinen zweiten Rang, musste aber von allen vier Ländern die stärksten relativen Gerechtigkeitseinbußen hinnehmen, während Brasilien im Konzert der Länder zwar nur den dritten Rang besetzt, aber die stärksten relativen Gerechtigkeitsgewinne in der Periode von 1999-2006 für sich reklamieren kann.

Die Moral von der Geschichte? Die neopopulistische Linke unter dem Neo-Caudillo Hugo Chávez Frias hat in Venezuela nicht nur (erwartungsgemäß) die stärksten Qualitätsverschlechterungen der Demokratie unter den vier Ländern zu verantworten, sondern auch (kontraintuitiv) die stärksten Verluste an sozialer Gerechtigkeit zu beklagen. Es ist allerdings zu vermuten, dass solcherlei Ergebnisse wissenschaftlicher Analyse weder den Caudillo noch seine Anhänger hier zu Lande beeindrucken werden: Pech für die Fakten.



Dietmar Dirmoser (*1952) ist Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT. dietmar.dirmoser@fes.de



Wolfgang Merkel (*1952) ist seit April 2004 Direktor der Abteilung »Demokratie, Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen« am Wissenschaftszentrum in Berlin. wolfgang.merkel@wzb.eu

Gespräch mit Wolf Grabendorff

»Wir müssen uns einstellen auf politisch sehr bewegte Zeiten«

Wolf Grabendorff war bis zum Herbst dieses Jahres Direktor des FES-Programms Regionale Sicherheitskooperation in Santiago de Chile, langjähriger Direktor des Instituts für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) in Madrid sowie Korrespondent des ARD-Fernsehens in Buenos Aires. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: In einer Reihe sehr unterschiedlicher lateinamerikanischer Länder feierten verschiedene Varianten der Linken große Wahlerfolge. Worin sehen Sie die Gründe dafür?

Wolf Grabendorff: Ein Grund besteht darin, dass es sich bei der Bezeichnung »links« in Lateinamerika nicht um Programme, sondern vor allem um Führungs-

persönlichkeiten handelt. »Links« wird dabei für so verschiedene Charaktere wie Chávez in Venezuela, Lula in Brasilien oder für Michelle Bachelet in Chile benutzt, obwohl sie politisch weit auseinander liegen.

NG/FH: Könnten Sie die Länder, um die es geht, knapp charakterisieren?

Grabendorff: Das ist inzwischen ein

schwer überschaubares Feld geworden, denn die lateinamerikanischen Staaten streben aufgrund ihrer historischen und wirtschaftlichen Entwicklung weit auseinander. Es wird immer schwieriger, die Region mit ein oder zwei Begriffen zusammenzufassen.

Fangen wir mit dem Extremfall an, nämlich Kuba. Dieses Land ist ein Außenseiter und bereits seit vielen Jahren nicht mehr bestimmend für die ideologische Diskussion in Lateinamerika. In vielerlei Hinsicht hat Hugo Chávez Fidel Castro als Buhmann der Region abgelöst. Und da Chávez ja schon bald zehn Jahre an der Macht ist, ist Venezuela momentan auch das Land, welches die größten Veränderungen schon hinter sich hat. Aufgrund des Erdöl-Reichtums des Landes war dies auch relativ einfach. Der Wandel war nicht nur innen-, sondern vor allem auch außenpolitischer Natur, was vor allem mit der Positionierung von Chávez als Antipode von Bush und Sprecher der Region gegen die US-Interessen zusammenhängt. Chávez hat um sich eine Reihe von Regierungen geschart, die zwar nicht völlig abhängig von ihm sind, aber doch in einem gewissen Maße von ihm beeinflusst werden – sei es finanziell oder ideologisch. Dazu gehören Ecuador, Bolivien und – in einem erweiterten Sinne – selbst Argentinien. Hinzu kommt das frühere sandinistische Nicaragua, das auch auf dieser Linie liegt und, nach den jüngsten Wahlen, eventuell auch Guatemala, das sich auch eher nach »links« orientiert.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich das sogenannte »Chilenische Modell« – sehr pro-amerikanisch, sehr marktwirtschaftlich –, und Brasilien, wo Lula deutliche Umverteilungserfolge erzielt hat bei einer gleichzeitig sehr konservativen wirtschaftlichen Politik.

NG/FH: Chávez hat den Titel eines Buchs von Heinz Dieterich (*Sozialismus des 21. Jahrhunderts*) als Überschrift über seine Politik adoptiert. Kann man im Hinblick

auf die Unterschiede zwischen den Ländern, die Sie skizziert haben, überhaupt akzeptieren, dass zwischen diesen verschiedenen Spielarten »linker« Reformpolitik ein solcher Bogen gespannt wird? Welche Gemeinsamkeiten existieren, wo liegen die Unterschiede?

Grabendorff: Momentan handelt es sich eher um einen Diskursbogen, der sich bisher wenig in realen Politiken widerspiegelt. Gemeinsam ist all diesen »Modellen«, wenn man sie überhaupt als Modelle bezeichnen kann, vor allem ein gewisser verbaler Anti-Amerikanismus, der in der Region sehr zugenommen hat. Gemeinsam ist auch, dass sie nach einer neuen gesellschaftlichen Utopie suchen. Viele Jahre Erfahrung mit dem sogenannten *Washington Consensus* haben der Bevölkerung in all diesen Ländern vor Augen geführt, dass das klassische, nach außen orientierte, marktwirtschaftliche Modell im Wesentlichen nur für etwa 20 Prozent der Bevölkerung taugt, während der Rest nur die Brotkrumen oder aber gar nichts davon abbekommt. Und diese Art von gesellschaftlicher Unruhe manifestiert sich natürlich sehr unterschiedlich, je nach dem Stil der Führungsfiguren in den einzelnen Ländern.

NG/FH: Gibt es im Bereich der politischen Ökonomie, also im Verhältnis von Markt und Staat bzw. in der Gestaltung des Sozialstaats, Ansätze zu einer nachhaltigen, fundamentalen Gesellschaftsveränderung, die den Namen Sozialismus verdienen und von denen man erwarten könnte, dass sie von Dauer sind und Erfolge zeitigen?

Grabendorff: Ich kann das im Moment nicht erkennen. Was ich sehe, ist, dass wir durch die Umstrukturierung in einigen dieser Länder, vor allem in Venezuela, aber auch zunehmend in Bolivien, unter dem Titel »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« Elitenwechsel vorfinden. Und dieser bringt langfristig auch Veränderungen in den politischen und wirtschaftlichen

Modellen mit sich. Aber dass da klare Politiken erkennbar wären, Umverteilungspolitiken zum Beispiel, kann für die meisten dieser Staaten nicht festgestellt werden. Und zudem kommt das, was umverteilt wird, etwa in Venezuela, im Wesentlichen aus der Staatskasse, d.h. es ist keine moderne soziale oder sozialdemokratische Form der Regierungsweise erkennbar.

NG/FH: Aber es gibt einen gemeinsamen Diskurs, der diese Länder und Akteure verbindet?

Grabendorff: Das kann man ohne Zweifel sagen. Und alle diese Systeme – das ist ein direkter Erfolg der Demokratisierung dieser Region in den letzten 30 Jahren – haben einen höheren Grad an politischer Partizipation als das früher der Fall war, wobei diese, anders als früher, nicht mehr über die Partei- oder Gewerkschaftskanäle läuft, sondern direkt mit dem Führer der jeweiligen Bewegung in Verbindung steht.

Trotz der vielen Reden – sei es von Chávez, Morales oder Correa – es gibt nichts, das man als gemeinsames Programm festmachen könnte. Das Gemeinsame ist, dass in all diesen Ländern sich eine enorme soziale Unzufriedenheit breitgemacht hat, die sich innen- und außenpolitisch auswirkt. Und der Westen gilt nicht mehr als Vorbild.

NG/FH: Gibt es aber dennoch Ansätze, die erkennen lassen, dass dort ein eigener Weg gesucht und möglicherweise auch gefunden wird, der auch in Europa Linke veranlassen könnte, zu sagen: Jetzt können wir auch von den lateinamerikanischen Sozialisten etwas lernen?

Grabendorff: Das ist keine realistische Perspektive, denn es handelt sich dort um völlig anders geartete Gesellschaften, in denen *Checks and Balances* nicht zum Tragen kommen. Deswegen bekommen die Bewegungen auch eine so enorme Dynamik, weil für viele Leute plötzlich eine politische Alternative erkennbar ist.

Die aber ist nicht durchdacht, hat keine institutionellen Mechanismen und erfasst innerhalb der Gesellschaft nur kleinere Gruppen. Alles wird von oben gesteuert. Es sind keine Revolutionen von unten, sondern von oben.

NG/FH: Es ist also noch offen, ob es zu einer konstruktiven Politik kommt?

Grabendorff: Das ist noch gänzlich offen und hängt auch davon ab, ob es zu einer Art Kaltem Krieg in der Region kommen wird. Denn die rechten Medien in Lateinamerika haben sich auf Chávez eingeschossen. Für sie stellt er *die* Bedrohung innerhalb der Region dar, weil er die neoliberalen Kräfte bloßstellt und einen Elitenwechsel propagiert.

NG/FH: Man hört, dass in Venezuela selbst linksdemokratische Kräfte – wie etwa die Partei PODEMOS – Kritik an Chávez üben. Wie differenziert sich also diese Linke zwischen und innerhalb der Länder? Sind es eher links-sozialistisch, eher marxistisch inspirierte Kräfte, auf der anderen Seite eher sozialdemokratische, realistisch-konstruktive Kräfte?

Grabendorff: Zum einen erfahren die kommunistischen Parteien in Lateinamerika, die immer sehr klein und gespalten waren, neuen Zulauf. Links-sozialistische Entwicklungen sind daneben zumindest auch in der intellektuellen Diskussion erkennbar. Sozialdemokratische Wege werden von den, wie man hier sagt: Usurpanten der Macht – also Chávez und Morales – nicht besonders geschätzt, weil sie mit dem neo-liberalen Wirtschaftsmodell gleichgesetzt werden. Chile fährt z.B. seit Jahren den sozialdemokratischen Kurs, hat andererseits aber bei der Umsetzung des Modells nur wenige soziale Erfolge aufzuweisen. Das bedeutet, die sozialdemokratische Version wird von denen, die jetzt die Führung in diesen Ländern haben – mit Ausnahme vielleicht von Lula – eher als nicht erstrebenswert angesehen. Dagegen sind die einzelnen politischen »Bewegungen« sehr schwer einzusortie-

ren. Sie leben auch gewissermaßen von einer politischen Konjunktur, sind programmatisch mit Schlagwörtern ausgestattet, aber nicht mit durchdachten Politikkonzepten.

NG/FH: Eine Frage zur Rolle der Religion in Lateinamerika. Einerseits gibt es in vielen Ländern eine starke Tradition des Links-Katholizismus, der früher bei sozialen Bewegungen eine Rolle gespielt hat. Andererseits weiß man, dass der Evangelikalismus – also der protestantische Fundamentalismus – von den USA aus mit großem Aufwand unterstützt, Fuß gefasst hat. Spielt die Religion in den beiden genannten Varianten im Prozess des »Linksrutsches« eine Rolle?

Grabendorff: Hier muss man sehr genau unterscheiden zwischen den beiden Strömungen, die sicherlich beide wichtig sind, aber regional sehr unterschiedlich auftreten. Der Links-Katholizismus spielt eine ganz erhebliche Rolle in Brasilien, in Argentinien und zum Teil auch in Chile, während die Evangelikalen – die dem Katholizismus große Probleme bereiten – besonders stark in Zentralamerika, in der Karibik und zunehmend auch in Brasilien vertreten sind.

Letztere sind eher Helfershelfer oder Steigbügelhalter für tendenziell autoritäre Strukturen. Dabei ist kein Unterschied zu machen zwischen linken und rechten Strukturen. Chávez zum Beispiel kann sehr gut mit diesen Gruppen umgehen.

Die links-katholische Bewegung auf der anderen Seite, steht weiterhin in Auseinandersetzung mit den eher konservativen katholischen Hierarchien. Ihre Be-

deutung ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. In einigen Fällen haben sie einen größeren, in anderen einen weniger großen Einfluss, und zumeist mehr auf der regionalen und auf der Gemeindeebene, aber sehr wenig auf nationaler Ebene.

NG/FH: Einer der Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und links-sozialistischen Bewegungen war traditionell auch der, dass die Sozialdemokraten immer auch unbedingt an der rechtsstaatlichen Demokratie festgehalten haben – vielleicht mitunter auch zu ihren Nachteil –, während links-sozialistische Bewegungen oder Akteure auch schon mal mit autoritären Verhältnissen flirten. Das scheint jetzt bei Chávez der Fall zu sein ...

Grabendorff: ... das ist ganz sicher-

lich bei Chávez das zentrale Thema. Und deshalb ist er auch derjenige, der den Diskurs in der Region bestimmt und die linkssozialistischen Bewegungen in vielen Ländern in ihm den neuen Messias sehen.

NG/FH: Heinz Dieterich, einer der früheren Berater von Chávez, sagt in seinem Buch *Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, jetzt werde der gescheiterte Kapitalismus abgelöst durch eine universale Basisdemokratie und eine nicht-marktwirtschaftliche Äquivalenz-Ökonomie, also durch Tauschhandel. Speisen solche Formulierungen einen feuilletonistischen Luxus-Diskurs, oder haben sie für die linken Politikkonzepte in dieser Region irgendeine Bedeutung?

Grabendorff: Das wird selbst von den eingefleischten Linken in der Region eher als diskursive Verzierung angesehen. Wo der Einfluss sehr deutlich erkennbar wird, ist die Kapitalismuskritik als solche, die sich dann in einem Anti-Amerikanismus fortsetzt. In diesen beiden Fällen ist der Einfluss sehr deutlich, nicht aber, wenn es um die Ausarbeitung neuer gesellschaftlicher Konzeptionen geht.

NG/FH: Wagen Sie bitte als Kenner der Region und der Akteure einmal eine Prognose: Wenn die durch das Öl gefüllten Kassen Venezuelas leer sind, wird dann etwas übrig bleiben von dem, was jetzt als »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« plakatiert wird?

Grabendorff: Was übrig bleiben wird, ist die Unruhe in der Bevölkerung, die, wenn sie enttäuscht wird, erst recht nach neuen Modellen suchen wird. Es gibt keine Rückkehr zum *status quo ante* in Venezuela oder Bolivien. D.h. aber nicht, dass beide Modelle sehr viel Zukunft haben, sondern wir müssen uns einstellen auf politisch sehr bewegte Zeiten in der Region, in der es zu einer zunehmenden Polarisierung kommen wird zwischen den etablierten Modellen, die auch relativ gut funktionieren – z.B. dem chilenischen und, in

völlig anderer Weise, auch dem brasilianischen.

NG/FH: Das würde bedeuten, dass die Kritik der Opposition an der US-Politik und das Misstrauen in den neoliberalen Weg, der dort propagiert worden ist, auch dann bestehen bleiben, wenn die Gesellschaftsmodelle keinen großen Erfolg haben.

Grabendorff: Davon kann man ganz sicher ausgehen. Ich würde sogar soweit gehen, zu sagen, dass, wenn, aus welchen Gründen auch immer, in Bolivien, in Ecuador, oder sogar in Venezuela, die neuen Versuche scheitern, dass dies dann nach alter lateinamerikanischer Manier auch wieder den Verschwörungen des US-Kapitalismus in die Schuhe geschoben wird. D.h. die Aversionen gegenüber dem westlichen Modell im Allgemeinen und den USA im Besonderen werden auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten spürbar sein.

NG/FH: Das Konzept der Sozialen Demokratie und dessen Inhalte – also z.B. die Einbettung der Märkte, sozialstaatliche Strukturen, soziale Sicherung und Umverteilung, haben eigentlich weltweit in letzter Zeit einen sehr guten Klang gehabt und zusätzlich gewonnen. Welche Rolle spielt dieses Konzept in Lateinamerika?

Grabendorff: Es spielt eine große Rolle im Diskurs. Es gibt kaum eine lateinamerikanische Regierung, die sich nicht zu mehr sozialer Demokratie bekennt. Aber die Bereitschaft, das umzusetzen, vor allem wenn es um den Steuerbereich, um Umverteilung von Ressourcen geht, tendiert gegen Null.

Der Begriff Soziale Demokratie wird durchaus benutzt, und interessanterweise gerade von Chávez, der hier die Meinungsführerschaft schon vor neun Jahren übernommen hat. Dieser Diskurs wird aber letztlich immer auch als Begründung dafür angeführt, warum man die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Konzepte an sich umgestalten muss.